

Die ALBA Mitgliedstaaten

Aktuelle Mitglieder:

Venezuela und Kuba (seit 2004, Gründungsstaaten)
Bolivien (seit 2006)
Antigua und Barbuda (seit 2009)
Dominica (Seit 2008)
St. Vincent und die Grenadinen (seit 2009)
Ecuador (seit 2009)
Grenada (seit 2014)
Nicaragua (seit 2007)
St. Kitts und Nevis (seit 2014)
St. Lucia (seit 2013)

Ehemaliges Mitglied: Honduras (von 2008-2010)

Besondere Gastmitglieder: Haiti und Suriname (seit 2012)



ALBA

„Wir sagen ‚Unser Amerika‘, um es vom anderen Amerika, dem des Expansions- und Herrschaftsdrangs, zu unterscheiden.“
José Martí, kubanischer Schriftsteller



Treffen der ALBA-Staaten in Caracas/Venezuela 2012. Quelle: Cancillería de Ecuador CC BY-SA 2.0

Der alternative Staatenbund und Handelsvertrag der Völker, kurz ALBA (vollständiger Name: *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos*, kurz: ALBA-TCP) wurde 2004 von Venezuela und Kuba gegründet, als eine Antwort auf die Bestrebungen der USA ein gesamt-amerikanisches Freihandelsabkommen (ALCA, *Área de Libre Comercio de las Américas*) zu errichten. Diese Pläne hätten eine Ausweitung neoliberaler Handelsstrukturen in Form eines großen Freihandelsabkommens auf dem gesamten amerikanischen Kontinent bedeutet.

Mit ALBA wird stattdessen ein *lateinamerikanisches Gegenprojekt* geschaffen, das sich als *Alternative zu neoliberalen Handelsstrukturen* versteht und anderen Prämissen und Werten als den neoliberalen folgt. Es will eine Unabhängigkeit von den USA erreichen und die regionale Integration fördern.

Die Gründung von ALBA (und der Widerstand gegen ALCA) fand in einer politischen Konjunktur Lateinamerikas statt, während der verschiedene linksgerichtete Regierungen an die Macht kamen. Hier stießen die alternativen Vorschläge auf viel Zustimmung. Derzeit beläuft sich die Zahl der Mitglieder auf 13 (11 Mitglieder und 2 Gastmitglieder) aus insgesamt 32 Karibischen, Mittel- und Südamerikanischen Staaten.

Die Gründer des Staatenbundes gehen davon aus, dass die Welt nach wie vor in ein wirtschaftliches Zentrum (Länder des Nordens) und eine Peripherie (Länder des Südens) eingeteilt ist, in der die Peripherie in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zum Zentrum steht. Deshalb sollten sich die Länder des Südens zusammenschließen und gemeinsam ihre Kräfte nutzen.

ALBA wählt einen *grundlegend anderen Ansatz um Handel zu gestalten*. Es will eine neue Form der wirtschaftlichen Beziehungen etablieren und auf die regionale Entwicklung jedes Staates achten und diese fördern. Es geht um Kooperation, Solidarität und eine Abwendung von auf Konkurrenz und Ausbeutung basierenden Handelsbeziehungen. Unterschiede zwischen den Ländern sollen berücksichtigt werden, zum Beispiel die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen.

Die Verträge zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien (2006 trat Bolivien dem ALBA-Bündnis bei) spiegeln die Asymmetrie, d.h. die ungleichen Voraussetzungen zwischen den drei Ländern wider. Dabei bemüht man sich um solidarische Handelsbeziehungen, die u.a. in Form von Tauschhandel

oder Vorzugspreisen realisiert werden können. So gibt es beispielsweise einen Tauschhandel zwischen Bolivien und Kuba: Bolivien liefert Agrarprodukte und mineralische Rohstoffe im Tausch gegen kubanische Ärzt*innen und Unterstützung bei einem landesweiten Alphabetisierungsprogramm. Venezuela hingegen liefert Öl, wobei ein Teil der Rechnung durch die Lieferung bolivianischer Güter beglichen werden kann, ein weiterer Teil wird zu Vorzugspreisen geliefert.

Kuba und Venezuela verpflichten sich zum Kauf bolivianischer Exportprodukte wie beispielsweise Sojabohnen, da Boliviens Absatzmarkt durch den Einfluss eines Freihandelsabkommens der USA mit Kolumbien und Peru bedroht wird. Diese Verpflichtungen Kubas und Venezuelas sollen die negativen Folgen für Bolivien abmildern. Solche *Abkommen berücksichtigten Ungleichheiten* und sollten die *Entwicklung der beteiligten Länder voranbringen*.

Venezuela nimmt eine Sonderstellung im ALBA-Bündnis ein. Als reiches Erdölland konnte zu Zeiten hoher Ölpreise das Öl mit vollen Händen an die Mitgliedsländer verteilt werden. Ein großer Teil des innerhalb von ALBA realisierten Handels basierte auf Öllieferungen von Venezuela. Doch heute sind die Erdölpreise niedrig und Venezuela ist in eine schwere wirtschaftliche und politische Krise abgerutscht. Das bringt auch das gesamte Bündnis ins Wanken.

Quellen

Fritz, Thomas (2007): ALBA contra ALCA – die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika. Studie für das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL). Online: <https://www.fdcl.org/publication/2007-01-10-alba-contra-alca/>.

Detsch, Claudia (2010): Ein alternatives Integrationsmodell zwischen Schein und Sein. Friedrich Ebert Stiftung – Perspektive.

Flemes, Daniel; Westermann, Lotte (2009): Konkurrierender Regionalismus: Fünf Jahre UNASUR und ALBA. GIGA Focus, Nr. 12, 2009.

Neuber, Harald (2014): Denkweisen des Kalten Krieges. Interview mit Bernardo Álvarez, Exekutivsekretär der linksgerichteten lateinamerikanischen Staatenallianz ALBA. Lateinamerika Nachrichten, Nummer 478, April 2014. Online: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=denkweisen-des-kalten-krieges>.

„Denkweisen des Kalten Krieges“

Ein Gespräch über ALBAs Rolle in der lateinamerikanischen Staatenwelt, die gemeinsame Zukunft mit dem energiepolitischen Bündnis Petrocaribe und die Vorurteile der Industriestaaten. Mit Bernardo Álvarez, Exekutivsekretär der linksgerichteten lateinamerikanischen Staatenallianz ALBA

Frage: In Lateinamerika sind mehrere Regionalorganisationen als Alternative zur US-dominierten Organisation Amerikanischer Staaten entstanden, so etwa die Celac oder das Wirtschaftsbündnis Mercosur. Welche Rolle spielt dabei die Bolivarische Alternative für Amerika (ALBA)?

Álvarez: Nun, die ALBA gibt es jetzt seit zehn Jahren und sie hat von Beginn an alle möglichen Initiativen zur Schaffung eigener lateinamerikanischer Foren unterstützt. Es ging dabei darum, unter Anerkennung bestehender Differenzen miteinander zu sprechen, ohne den Großmächten und ihren Interessen Raum zur Einflussnahme zu geben. Diese von Hugo Chávez vertretene Vision richtete sich vor allem gegen die traditionelle Dominanz der USA. Und diese Position hat uns viel abverlangt. Es wurde und wird immer wieder von den USA und ihren Alliierten versucht, Venezuela als einen der Motoren dieser Entwicklung zu isolieren, aufzuhalten oder gar zu kriminalisieren. Aber nach diesen zehn Jahren muss man auch festhalten, dass die ALBA eine wichtige Rolle bei den Integrationsprozessen gespielt hat.

Aber das ALBA-Bündnis ist nach wie vor kein Rechtssubjekt, sondern eher ein loser Zusammenschluss. Ist Ihr Handeln damit nicht auf Symbolpolitik beschränkt?

Wir haben ja eine organisatorische Struktur. Aber die ALBA ist bislang vor allem ein Dialogforum, ein Instrument, um politische Einigkeit zu fördern. Die Prinzipien sind in einem Gründungsdokument definiert. Es gibt aber bislang keinen Gründungsvertrag, dem sich Staaten anschließen könnten. Das erklärt sich aus der Geschichte: Die ALBA wurde ursprünglich als „Bolivarische Alternative“ von Kuba und Venezuela ins Leben gerufen und etliche Länder stießen dann dazu. Bolivien war der Meinung, dass es nicht nur um einen alternativen Staatenbund gehen dürfe, sondern dass man auch einen alternativen Handelsvertrag anstreben müsse. Deswegen heißen wir heute „ALBA-Handelsvertrag der Völker“, oder ALBA-TCP. Das definiert deutlich den Unterschied zu dem neoliberalen Modell und dem klassischen kapitalistischen Entwicklungsmodell. Wir streben einen gerechten Handel an.

Mitunter werden die neuen Regionalorganisationen und auch ALBA mit der frühen Phase der Europäischen Union verglichen.

Nun, in ALBA haben sich fortschrittliche Regierungen vereint. ALBA strebt für Lateinamerika alternative, zukunftsorientierte politische Konzepte an.

Hängen die strukturellen Reformen von ALBA – die Fusion mit Petrocaribe und ein anvisierter Gründungsvertrag – mit der Ausdehnung der neoliberalen Pazifik-Allianz zusammen, die von der EU und den USA unterstützt wird?

Nein, denn dabei handelt es sich um ein Staatenbündnis, das offenbar vorrangig wirtschaftliche Interessen hat. ALBA hat zudem eine längere Geschichte.

Aber hat ALBA keine wirtschaftlichen Interessen?

Doch, natürlich, aber unser Ziel liegt in der Entwicklung eines Modells, mit dem der Kapitalismus überwunden werden kann und das eine neue Form der wirtschaftlichen Beziehungen etabliert. Wir lehnen diese beschönigende Annahme einer notwendigen „Konkurrenz zwischen den Staaten“ ab. Wir gehen davon aus, dass die Welt nach wie vor in ein wirtschaftliches Zentrum und eine Peripherie geteilt ist. Deswegen müssen wir Länder des Südens uns zusammenschließen und uns gemeinsam helfen sowie gemeinsame Kräfte nutzen. Damit jeder Staat vorankommt, muss er zugleich an die regionale Entwicklung denken. Deswegen unterstützen wir auch die Regionalorganisation Celac, auch wenn sie ideologisch sehr viel breiter aufgestellt ist.

Dennoch – oder vielleicht eben deswegen – stehen die USA und Deutschland den progressiven Staaten Lateinamerikas mit Ablehnung gegenüber.

Wir sind fest davon überzeugt, dass immer mehr Staaten die tiefgreifenden Veränderungen, die Lateinamerika derzeit erlebt, verstehen werden. Vor einigen Jahren wurde versucht, Kuba und Venezuela auf internationaler Ebene zu isolieren. Heute sind beide Länder ein fester Bestandteil der lateinamerikanischen Gemeinschaft. Mitunter entsprechen die Schemata, mit denen Europa oder, besser gesagt, einige Gruppen in Europa auf die Neuerungen in Lateinamerika reagieren, der Denkweise des Kalten Krieges. Ihnen liegen sehr simple Annahmen zugrunde, die oft von der extremen Rechten der USA gezielt beeinflusst werden. Aber wenn man dann mit den Parteien hier spricht, mit den Gewerkschaften, Bürgermeistern oder Intellektuellen, dann sieht man doch, dass das Verständnis für die Umbruchprozesse in Lateinamerika wächst. Auch in Europa merkt man, dass wir Lateinamerikaner uns heute sehr viel näher stehen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Wir lassen uns heute von externen Interessen nicht mehr dazu verführen, andere Staaten der Region zu kriminalisieren.

Quelle: "Denkweisen des Kalten Krieges", Lateinamerika Nachrichten Nr. 478 im April 2014, Interview von Harald Neuber. Vollständiger Artikel nachzulesen auf: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=denkweisen-des-kalten-krieges>

Bernardo Álvarez Herrera ist seit September 2013 Exekutivsekretär des linksgerichteten lateinamerikanischen Staatenbündnisses „Bolivarische Allianz für Amerika – Handelsvertrag der Völker“ (ALBA-TCP). Der Venezolaner hatte sein Land zuvor in mehreren Staaten, darunter Spanien, als Botschafter vertreten. Ihm kam 2010, wie er sagt, „die Ehre zuteil“, als Botschafter aus den USA ausgewiesen worden zu sein.